

Obwaldner Volksfreund.

Abonnement

Bei der Expedition bestellt:
 jährlich (franko durch die ganze Schweiz) . Fr. 5.—
 halbjährlich " 2.50

Bei den Post-Bureaux bestellt:
 jährlich " 5.10
 halbjährlich " 2.60

Druck und Expedition:
Buchdruckerei Louis Ehrli, Sarnen
 Telephon  Telephon 

N. 85.

Sarnen, Samstag, 26. Oktober

1907.

Einrückungsgebühr für Obwalden

Die einspaltige Zeile oder deren Raum . 8 Rp.
 Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Für Inserate von auswärts:

Die einspaltige Zeile oder deren Raum . 10 Rp.
 Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt

Gratis-Beilage:

Illustriertes „Sonntagsblatt“

Inserate von auswärts nehmen für uns entgegen die Annoncen-Expeditionen der Herren **Saasenstein & Vogler, Rudolf Mosse und Orell Füssli & Cie.** in Bern, Zürich, Luzern, Basel, Lausanne, Genf, Berlin, Leipzig, Dresden, München, Hamburg, Frankfurt a. M., Straßburg und Wien. — **Union Schweiz, Zeitungen für den Inseraten-Verkehr, Luzern.**

* Hoch das Vaterland!

So haben wir schon unzählige Male gerufen bei festlichen Anlässen, wenn unser schönes und freies Vaterland gepriesen wurde. Jetzt handelt es sich darum, diese jubelnde Begeisterung in die Tat umzusetzen. Wenn sie mehr ist, als ein bloßer „Hurra-Patriotismus“, dann sollen wir sie in allen Augenblicke bewahren und betätigen, wo es sich darum handelt, für das Vaterland ein Opfer zu bringen. Dieser Augenblick ist gekommen. Eine große Stunde hat geschlagen. Wäge sie nicht ein kleines und kleintliches Geschlecht finden! Es handelt sich am 3. Wintermonat um „Ehr' und Wehr' des Vaterlandes.“ Dieses Schlagwort haben nicht wir geprägt, sondern der in allen Kreisen hochangesehene echt demokratisch gesinnte Landammann des Kantons Glarus. Dieser Ehrenmann und Staatsmann hat Recht. Ganz Europa schaut auf uns und sieht mit Spannung dem schweizerischen Volksentscheid vom 3. Wintermonat entgegen. Wenn Ehr' und Wehr' des Vaterlandes auf dem Spiele stehen, dann giebt es für uns kein Zaudern und kein Bedenken. Wir treten mit gehobenem Pflichtgefühl an die Stimmurne und schreiben auf unsere Karte ein kräftiges

„Ja.“

* Die Rütlifeier

der Urkantone hat in den weitesten Kreisen den günstigsten Eindruck zurückgelassen. Sie hat die Sympathien, welche die Urschweiz als die Wiege der Schweizerfreiheit besitzt, neu befestigt und vermehrt. Die „Kölnische Volkszeitung“, das bedeutendste Blatt der katholischen Zentrumspartei in Deutschland widmet in seiner Nummer vom letzten Dienstag dieser Jahrhundertfeier eine längere, ungemein sympathische Besprechung. Dort steht unter anderem zu lesen: „Und es war eine köstliche Feier dort auf dem Rütli. An einem herrlichen Sonntagmorgen landeten schwer beladene Dampfer an die 6000 Urschweizer an der sonst so stillen Lände, und sie alle vereinigten sich auf der Schwurwiese zu einer gewaltigen urschweizerischen Landsgemeinde.“

Wir Obwaldner und die Urschweizer überhaupt werden nun den Eindruck der Rütlifeier bei unseren Mitbürgern nicht wieder verwischen wollen, indem wir am 3. Wintermonat die Militärvorlage verwerfen. Das würde uns manch' eine wertvolle Sympathie wieder entziehen, die wir gewonnen haben. Die „Basler Nachrichten“ brachten eine ungemein anziehende und der Urschweiz freundlich gestimmte Schilderung der Rütlifeier. Dort heißt es: „Soll ich alle Eindrücke der Tagung auf dem Rütli, die mit freundlicher Geselligkeit und Musik und Gesang endete, zusammenfassen, so gibt mir die Erinnerung ein so liebenswürdiges Bild, daß es mir schon um dieses Eindrucks willen wehe täte, wenn sich die Urschweiz am 3. November nicht so opferfreudig zeigte, als es auf dem Rütli den Anschein hatte. Wir wollen hoffen, daß der Kern der schönen, von Anfang bis zu Ende gelungenen Rütlifeier, wie so mancher andere im Schweizerland nicht eine bloße Phrase sei.“

Es lebe der Geist der drei ersten Eidgenossen auf dem Rütli! Es lebe der Geist, der jüngst die sechste Jahrhundertfeier des Rütli-Schwures durchwehte und beherrschte! Wir schreiben am 3. Wintermonat auf unsere Stimmkarte mit vaterländischer Begeisterung ein mannesmutiges

„Ja!“

* Die Schweizerkatholiken

sollten doch einig sein auch in politischen Fragen. So wurde uns jüngst von befreundeter Seite angesichts der bevorstehenden Volksabstimmung über die Militärorganisation bemerkt. Gewiß der Mann hat recht und niemand würde eine solche Einigkeit lebhafter be-

grüßen, als der Schreiber dieser Zeilen. Sie läßt sich aber in Fragen, welche nicht einen konfessionellen Hintergrund haben, nicht so leicht durchführen, wie man vielleicht glauben möchte. Tatsache ist es jedoch, daß die Vertreter des katholischen Schweizervolkes in der Bundesversammlung nicht bald bei einer Volksabstimmung so geschlossen zur Urne geschritten sind, wie am 3. Wintermonat nächsthin. Die katholisch-konservative Fraktion der Bundesversammlung zählt gegenwärtig 51 Mitglieder. Von denselben haben 44 den Aufruf an das Schweizervolk für Annahme der neuen Militärorganisation unterzeichnet. Von den 7 Mitgliedern, welche das nicht getan haben, sind nur 3 oder 4 ausgesprochene Gegner der Vorlage. Die übrigen stehen ihr persönlich sympathisch gegenüber und werden auch für dieselbe stimmen. Wenn sie den Aufruf für deren Annahme nicht unterschrieben haben, so geschah es aus andern, übrigens durchaus ehrenwerten Motiven. Diejenigen unserer politischen Gesinnungsgenossen rings im Schweizerlande, denen an einem einträchtigen und geschlossenen Vorgehen des katholischen Schweizervolkes auch in politischen Fragen viel gelegen ist, können also über ihre Stellungnahme kaum im Zweifel sein. Sie werden am 3. Wintermonat ihren Stimmzettel in die Urne legen, nachdem sie darauf mit fester Hand geschrieben haben:

„Ja!“

* Aus welchen Kreisen rekrutieren sich die Verwerfenden am 3. Wintermonat?

Da steht vor allem aus geschlossen und siegesdurstig das große Heer der Sozialdemokraten. Sie wollen nichts wissen von einem „Streikparagrafen“, der es ermöglicht, daß Unruhen im Innern des Landes, wenn nötig, durch Waffengewalt unterdrückt werden können. Wer Ordnung und Frieden im Lande hochhalten will, der steht nicht zu ihnen.

Sodann gibt es allerdings eine große Zahl von Leuten, welche mit der ihnen im Militärdienste zu Teil gewordenen Behandlung und Verpflegung nicht zufrieden sind. Wir fragen: Will man es das Vaterland entgelten lassen, was vielleicht Einzelne verschuldet haben? Wird es dann in den angebotenen Richtungen besser werden, wenn man die Militärorganisation verwirft? Und was haben denn die Klagen dieses oder jenes Wehrmannes über die von ihm gemachten unangenehmen Erfahrungen zu tun mit der neuen Militärorganisation? Man glaubt doch sicher nicht, daß derartige mißliche Erscheinungen verschwinden oder weniger häufig vorkommen werden, wenn man die neue Militärorganisation verwirft. Das Vaterland ist den schweizerischen Wehrmännern viel zu lieb, als daß sie sich an ihm rächen würden für allfälliges Ungemach oder Unrecht, das ihnen widerfahren ist. Sie schreiben am 3. Wintermonat auf ihre Stimmkarte ein kräftiges

„Ja!“

* Rache!

Das ist das Schlagwort der Sozialdemokraten bei der gegenwärtigen Bewegung gegen die neue Militärorganisation. Sie sagen das zwar nicht offen, aber ihr ganzes Gebaren läuft darauf hinaus. Wofür wollen sie sich rächen? — Für die Annahme des Zolltarifs und des Lebensmittelgesetzes durch das Schweizervolk. Wer hat diesen beiden Bundesgesetzen in der Volksabstimmung zu einem glänzenden Siege verholfen? — Es war dies die landwirtschaftstreibende Bevölkerung, welche in richtiger Erkenntnis der großartigen Vorteile, die ihr diese neuen Gesetze brachten, auch tatkräftig für dieselben in die Schranken trat. Und nun sollte unsere Bauernschar dazu helfen, daß sich die Sozialdemokraten rächen können für die Niederlagen, die sie

beim Zolltarif und beim Lebensmittelgesetz erlitten haben? Zur Ehre unseres wackeren Bauernstandes nehmen wir an, daß derselbe zu intelligent und zu patriotisch gesinnt sei, um auf diesen Leim zu kriechen. Bauern! Wenn Ihr die Sachlage ruhig überlegt, dann kommt Ihr sicher zum Entschlusse, am 3. Wintermonat auf Eure Stimmkarte mit fester Hand zu schreiben:

„Ja!“

* Unzufriedenheit

mit den Zuständen, welche dermalen im Militärwesen, wenn auch nicht geradezu herrschen, so doch hier und da vorkommen, ist der Grund, warum manche zur Verwerfung der neuen Militärorganisation hinneigen. Nun möchten wir aber diese Leute doch fragen: Was gewinnen wir dadurch, daß wir das Gesetz nachabschicken? Können wir dadurch den Uebelständen abhelfen? — Das gerade Gegenteil ist der Fall. Wer mit den bestehenden Verhältnissen nicht zufrieden ist, der kann doch nicht seine Stimme in dem Sinne abgeben, daß diese Verhältnisse fortgesetzt werden. Man sagt, daß man zuerst die Uebelstände in unserm Wehrwesen beseitigen solle, bevor man mit einer neuen Militärorganisation vor das Volk komme. So lange solche Mißstände vorhanden seien, könne man sich nicht entschließen, zu einem neuen Gesetz über das Militärwesen die Hand zu bieten. Wir begreifen diesen Standpunkt nicht. Durch das vorliegende Gesetz sollen ja verschiedene Mißstände beseitigt werden. Wer unter dem gegenwärtigen Gesetz unangenehme Erfahrungen gemacht hat, daselbe aber dennoch nicht durch ein neues ersetzen will, kommt uns vor wie einer, der immer über seine Wohnung schimpft, weil sie unbequem sei und er sich darin nicht behaglich fühle, sie dann aber doch nicht an eine andere vertauschen will, trotzdem er die Mittel dazu besäße und sich ihm eine günstige Gelegenheit darböte. Man sagt vielleicht, daß man bei Annahme der neuen Militärorganisation den Teufel mit dem Belzebub austreiben würde. Das ist nicht wahr. Das neue Gesetz bringt für den Einzelnen keine erhebliche Mehrbelastung, dagegen aber bringt es verschiedene Verbesserungen, die anerkanntermaßen wertvoll und begrüßenswert sind. Denjenigen, die mit den gegenwärtigen Zuständen unzufrieden sind, möchten wir doch entschieden raten, zu einem Versuch mit der neuen Organisation mitzuhelfen und ihre Stimmkarte zu beschreiben mit einem

„Ja!“

* Etwas Nagelfunkelneues

wäre es, wenn man sich ohne Nachteil für die Öffentlichkeit und ohne jemanden Unrecht zu tun, von einer Steuer befreien könnte und es dann doch vorziehen würde, dieselben noch länger zu entrichten. Die größere Hälfte der im wehrpflichtigen Alter stehenden Schweizer hat den Militärpflichtersatz zu leisten. Wenn diese Ersatzpflichtigen in Obwalden auch nicht 50% betragen, so machen sie doch immerhin einen ganz bedeutenden Prozentsatz aus. Der Militärpflichtersatz ist eine Steuer und wird auch nach den für das Steuerwesen bestehenden Grundsätzen bezogen. Er besteht in einer Personal- und in einer Vermögenssteuer. Nach dem neuen Gesetz, über welches am 3. November abgestimmt wird, hört diese Steuerpflicht vier Jahre früher auf als nach dem bestehenden Gesetz. Wir müßten uns im höchsten Grade verwundern, wenn die Militärepflichtigen die neue Militärorganisation, die ihnen einen so wesentlichen Vorteil gewährt, verwerfen und ihre Stimmkarte nicht ausfüllen würden mit einem ganz deutlichen

„Ja!“